



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/218 - 21. September 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 0 888 890

Orakelhafter CDU-Beschluss	S. 1
Der Regierungswechsel in Pakistan	S. 3
Der Brief eines ehemaligen SS-Offiziers	S. 5
Vor der Entlassung von Dönitz	S. 6
Rezept zur "Halbstarke"-Behandlung	S. 7

Wozu überhaupt Wehrpflicht?

FB. Der Bundesvorstand der CDU hat es vorgezogen, in der Frage der Dienstzeit keinen klaren Beschluss zu verkünden und spricht in seinem Kommuniqué nur orakelhaft davon, dass bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung die "vertretbar kürzeste Dienstzeit gewählt werden müsse, die der nationalen Sicherheit und den internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik gerecht werde." Die in Bonn berühmten "informierten Kreise" haben aber sofort darauf hingewiesen, dass der Bundesvorstand der CDU sich für eine 12-monatige Wehrdienstgrundpflicht ausgesprochen hat.

Die Vorsicht im offiziellen Kommuniqué mag sicherlich damit zusammenhängen, dass die Bundesregierung einige Mühe haben wird, ihre Vertragspartner davon zu überzeugen, dass auch die 12-monatige Wehrpflicht genüge, nachdem sie monatelang in der Öffentlichkeit mit "tiefem Ernst" verkündet hat, dass nur eine 18-monatige Grundwehrpflicht mit dem Geiste der Verträge in Einklang stehe, und nur diese Grundwehrpflicht es überhaupt ermögliche, 500.000 Mann aufzustellen. Das gestrige Gespräch von Außenminister Dr. von Brentano mit dem britischen Verteidigungsminister Monckton spricht dafür, dass es auf dem internationalen Felde noch manche Schwierigkeiten gibt, doch soll hier nicht untersucht werden, was die Bundesregierung tun muss, um die stark erschütterte Glaubwürdigkeit ihrer militärischen Konzeption im In- und Auslande wiederherzustellen.

Man kann trotzdem unterstellen, dass die Bundesregierung sich - 2 -

in ihrem Gesetzentwurf für die 12-monatige Dienstpflicht entscheiden wird. Es wird dann nicht wenige Stimmen im Lande geben, die erleichtert feststellen, dass 12 Monate immerhin noch besser als 18 Monate seien. Aber das ist nicht das eigentliche Problem. Angesichts der Diskussionen um die Umrüstung und die Umstellung auf atomare Kriegsführung sollte nun erneut die Frage aufgeworfen werden, ob die Wehrpflicht in der Bundesrepublik überhaupt eingeführt werden muss. Die Frage ist berechtigt, wenn man allein die nüchternen Zahlen betrachtet. Schon bei einer 18-monatigen Dienstpflicht und 500.000 Mann sieht das Plansoll 230.000 Berufssoldaten oder freiwillig länger Dienende vor. Will man 300.000 Mann mit einer 12-monatigen Dienstpflicht erreichen, dann müssen noch weitere 70.000 Berufssoldaten angeworben werden. Allein diese beiden Zahlen zeigen, dass es ernsthafter Diskussionen wert ist, ob man das Wehrpflichtgesetz durch Dienstzeitgesetz überhaupt komplettieren soll.

Einzu kommen die Umrüstungserwägungen. Bundesausßenminister Dr. von Brentano soll schon bei einem seiner letzten Besuche in Paris offiziell davon unterrichtet worden sein, dass die NATO schon vor Monaten eine weitgehende Umrüstung von den klassischen auf die atomaren Waffen beschlossen hat und diesen zugestimmt haben. Der jüngste Schritt der holländischen Regierung, die ihre Divisionstärke reduzierte und umstellte und sich dabei auf die Zustimmung der NATO berief, kann diese Information nur bestätigen.

Im Vordergrund aber sollten immer die Fragen der internationalen Abrüstung und Entspannung und der Wiedervereinigung stehen. Kein Zweifel kann herrschen, dass ein Verzicht der Bundesregierung auf die Komplettierung der Wehrpflicht und ihre Beschränkung auf ein zahlenmäßig geringeres Freiwilligen-Kontingent diese Tendenzen fördern und die anlaufenden Gespräche mit der Sowjetunion um die Wiedervereinigung erleichtern könnte.

Wozu also eine Wehrpflicht, die politisch und militärisch niemanden mehr nützen kann? Die jüngsten Diskussionen in der CSU haben Hoffnung entstehen lassen, dass neue Gespräche vielleicht nicht ganz sinnlos sind, wenngleich die bisherigen Erfahrungen nicht gerade die besten sind.

Man sollte aber nichts unversucht lassen und die Regierungsparteien erneut auffordern, ihr Herz über die Hürde zu werfen. Da in diesen Kreisen aber Herz und Mut schwach entwickelt sind - darf man zumindest an den Verstand appellieren?

Das schwarze Schaf Südostasiens

Von unserem Asienkorrespondenten

I.D. Am 15. August 1947 wurde auf dem asiatischen Kontinent als Folge blutiger Religionskämpfe ein neuer Staat Pakistan gebildet. In diesem Land, das aus zwei zweitausend Kilometer entfernt liegenden Gebieten besteht, hat es bisher keine Wahlen gegeben. Es hat daher auch keine starke Regierung kennengelernt. Ständige Regierungswechsel waren an der Tagesordnung. Die Moslem-Liga, die unter ihren verstorbenen Führer Jinnah den Kampf um diesen moslemischen Staat führte, hat sich bis heute dazu berufen gefühlt, das Geschick des Landes zu lenken. Dass sie dazu nur bedingt berechtigt war, bewiesen bereits die in Ost-Pakistan im Jahre 1954 durchgeführten Wahlen, bei denen die Oppositionsparteien fortschrittlichen Charakters einen überragenden Wahlsieg über die Moslem-Liga errangen. Allerdings war schon der im vorigen Jahr zum Ministerpräsidenten ernannte und vor kurzem zurückgetretene Mohammed Ali der letzte Vertreter der Moslem-Liga im Kabinett der Zentralregierung

Seinen Rücktritt begründete Mohammed Ali als Folge seines Austrittes aus der Moslem-Liga, deren Führungskreise er bezichtigte, ihn an der Durchführung seiner Arbeiten gehindert zu haben. In die Bresche gesprungen ist nun Mr. Suhrawardy, Führer der Awami-Liga, einer Partei, die im Gegensatz zur Moslem-Liga eine säkulare Staatsform für Pakistan anstrebt. Daraus und aus der fortschrittlichen Einstellung Suhrawardys überhaupt, der sich auf Grund seiner Integrität und seines Organisationstalentes grosser Beliebtheit erfreut, kann man schliessen, dass er wirtschaftliche und soziale Reformen, die auch die hemmenden religiösen Einflüsse wesentlich beschränken werden, in Angriff nehmen wird. Aber auch er wird nur dann in Pakistan eine neue Ordnung einführen können, wenn er sich durch Wahlen das Mandat dazu verschafft. Verwaltungstechnische Schwierigkeiten würden Wahlen allerdings nicht vor Ende 1957 oder Anfang 1958 zulassen.

In keinem Land wäre eine starke Regierung notwendiger als in Pakistan. Noch sind die Beziehungen Ost- und Westpakistans ungeklärt. Noch versucht West-Pakistan seinen Einfluss auf Ost-Pakistan geltend zu machen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Pakistans, erhöht durch diese Teilung des Landes und die Absplitterung vom indischen Reich, die ihm vorwiegend landwirtschaftliches Gebiet gab, sind ungeheuerlich

gross. Veraltete Anbaumethoden, Mangel an Düngemitteln und Geräten, ungenügende Bewässerung, ein in vielen Gebieten noch vorherrschendes Feudalsystem bedingen geringe Erträge. Schlechte Ernten führen oft zu grossen Lebensmittelknappheiten und zu einer schrecklichen Armut des pakistanischen Volkes, dessen Durchschnittseinkommen unter 240.-- DM pro Jahr liegen soll. Industrie besitzt Pakistan kaum. Es liefert zwar 70 % der Jute der Welt, hat aber keine einzige Jutefabrik aufzuweisen. Um diese brachliegende Wirtschaft zu fördern, bedarf es nicht nur der ausländischen Hilfe im grossen Stil. Mr. Suhrawardy dürfte sich dessen bewusst sein. Er kann jedoch eine Neuordnung nur dann durchführen, wenn er die zweifellos in Pakistan vorhandenen demokratischen Kräfte sammelt und sie für den Aufbau des Landes nutzt. Die Tatsache, dass er zunächst sieben Ministerposten in seiner Hand vereinigt, beweist, wie zersplittert diese Kräfte noch sein müssen.

Daneben verspricht die Person Suhrawardys, der als enger Mitarbeiter Gandhis auch ein Freund Indiens ist, dass er die verschiedenen Streitfragen zwischen Indien und Pakistan beizulegen suchen wird. Damit würde er sehr wesentlich zur Beseitigung des Misstrauens, das man in Asien gegen Pakistan aufgrund seines gespannten Verhältnisses zu dem von allen geachteten Indien hegt, beitragen. Dieses Misstrauen ist auch auf die Tatsache gegründet, dass Pakistan dem westlich inspirierten SEATO-Pakt beigetreten ist und so das Prinzip der friedlichen Ko-Existenz missachtete. Suhrawardy hätte nun die Chance, die Waffenlieferungen der USA in grosszügige wirtschaftliche Hilfe umwandeln zu lassen. Er würde damit nicht nur die Freundschaft der asiatischen Welt wieder erringen, sondern auch zur wirtschaftlichen und schliesslich auch politischen Stärkung seines Landes beitragen. Dass Mr. Suhrawardys Regierung sich in Zukunft mehr an die asiatische Politik anlehnen wird, ist bereits durch die pakistanische Haltung auf der zweiten Londoner Suezkonferenz bewiesen, auf der sie die westlichen Vorschläge als untragbar abgelehnt hat und den indischen Vorschlägen entgegengekommen ist.

Der Westen täte gut daran, dies zu erkennen und mitzuhelfen, dieses Pakistan zu stärken. Ein gefestigtes Pakistan, in der asiatischen Völkerfamilie geachtet, würde ein besserer und effektiverer Partner des Westens sein können, als ein zerrissener, am Boden liegender Staat, dessen einziger Besitz Kanonen sind.

Eine Frage an Blank

Von Dr. Adolf Arndt, MdB.

Der Oberleutnant der Reserve a.D., Egon Müller-Franken in Freiburg/Br., hat durch einen in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" am 11. September 1956 veröffentlichten Leserbrief seine Besorgnis ausgesprochen, die sich gegen eine Einstellung solcher früheren Offiziere der ehemaligen Waffen-SS richtet, die nicht zwangsweise der Waffen-SS angehörten. Daraufhin ging ihm der folgende Brief zu:

"Walter Stein

SS-Obersturmbannführer a.D.

Wiesbaden, den 11.9.1956

Über Ihre "ernsthaften Besorgnisse" betr. SS-Offiziere in der Bundeswehr, die Sie in der heutigen FAZ ausschleimten, haben wir selten so gelacht.

Schon gestern Abend kommentierte im Frankfurter Rundfunk ein gewisser Marcel Schulte genau dieselben Gedankengänge, so dass man merkt, dass diese Hetze aus gewisser Richtung gesteuert wird.

Wir aber haben Verständnis dafür, dass solche Kreaturen wie Sie und erwähnter Marcel (früher hiess er Martin) aus bodenloser Angst weiterhetzen, denn all die Lügen, Verleumdungen, Verfolgungen, Misshandlungen und Morde an ehrlichen Deutschen nach 1945 im Sinne Morgenthau und seiner Patentwiderständlergehilfen und "Beinahe-Märtyrer" bedarf ja noch der Abrechnung.

Die mehr als komische Bundeswehr, über deren Wert inzwischen auch schon Eure Ami-Freunde Bescheid wissen und daher bereits abgeschrieben ist, überlassen wir gerne den sogenannten "Widerständlern". Es wäre aber doch interessant zu erfahren, ob da auch schon "Itzige" drin sind? - Wenn ja, dann doch wohl nur in der Organisation mit der Möglichkeit, Profitker zu machen.

Wir empfehlen Ihnen dafür zu sorgen, dass auch die tapfere Zunft der Fallschirmjäger, der Marine und aller Elite-Verbände von der Aufnahme in die Bundesfeuerwehr ausgeschlossen bleiben. Sie müssen noch mehr Wert darauf legen, dass sich die "Auserwählten" zu den feigen Gesellen vom 20. Juli bekennen und den Nachweis erbringen, dass sie zu jedem Verrat fähig sind.

Alle wirklich noch Deutschgebliebenen, und auch sehr viele einsichtige Ausländer urteilen über die SS etc. längst ganz anders. Wir selbst aber gehen unseren Weg gradlinig weiter, wir werden nie Arschkriecher und Schleimscheisser wie Sie werden, denn unsere Ehre heisst Treue!

gez. Stein"

In Übereinstimmung mit der Erklärungen Dr. Kurt Schumachers sind wir Sozialdemokraten gegen jede kollektive Diffamierung. Ich stehe deshalb auf dem Standpunkt, den der Personalgutachterausschuss zur Frage der Wiederverwendung früherer Offiziere der ehemaligen Waffen-SS schon

vor Jahr und Tag eingenommen hat. Aber ich frage den Bundesverteidigungsminister, welche Maßnahmen er getroffen hat, um unter allen Umständen mit wirklicher Sicherheit zu vermindern, dass Personen mit der Denkweise jenes SS-Obersturmbannführers Walter Stein in die Bundeswehr Eingang finden. Ich frage die Bundesregierung, den Präsidenten des Bundestages und alle, die es angeht, ob sie sich diese Verunglimpfungen gefallen lassen wollen.

* * *

Zurückhaltung wäre an Platze

zu, Kiel

Der ehemalige Grossadmiral Dönitz wird am 1. Oktober aus der Spandauer Haft der vier Besatzungsmächte entlassen. Dann ist die gegen ihn in Nürnberg verhängte zehnjährige Gefängnisstrafe abgegolten. Für den jetzt 65jährigen Dönitz, der als von Hitler eingesetzter Nachfolger am 7. Mai 1945 in Flensburg die bedingungslose Kapitulation eines Grossdeutschen Reiches unterschrieb, gab es keine Anrechnung der Untersuchungshaft.

Eine Reihe ehemaliger hoher Offiziere der damaligen Kriegsmarine ist der Auffassung, dass Dönitz bereits im Mai letzten Jahres entlassen worden wäre, wenn sich der vor über einem Jahr aus Spandau ebenfalls entlassene Generaladmiral a.D. Raeder besonders hinsichtlich der Ehrenbürgerschaft, die durch einen Mehrheitsbeschluss des Kieler Magistrats erneuert werden sollte, zurückhaltender benommen hätte. Aber Raeder hat nichts hinzugeliefert. Das beweist der erste Band seiner jetzt erscheinenden Memoiren, die besser nicht gedruckt worden wären. Ein Blick in dieses Buch genügt, um zu begreifen, dass Raeder ein Aushängeschild rechtsradikaler Kreise wurde und verlicht aus Kiel auch ein Schatten auf die Haftfrist von Dönitz.

Dönitz ist aus der U-Bootswelt hervorgegangen. Man weiss, dass einige U-Bootskameradschafter im Deutschen Marinebund sich eng mit Dönitz verbunden fühlen. Diese U-Bootskameradschafter sind politisch höchst radikal. Man spricht davon, dass sie darauf drängen, Dönitz nicht nur zum Ehrenmitglied, sondern zum Vorsitzenden des Deutschen Marinebundes zu machen. Dabei ist Dönitz noch ausgeprägter als Raeder ein

Admiral Hitlers gewesen.

Es wird für den Deutschen Marinebund nicht einfach sein, sich dem Drängen der U-Bootskameradschaften, die Raeder nach vorne tragen wollen, zu widersetzen. Es wird gut sein, wenn sich hier besonnene Kräfte einschalten und auf Dönitz einwirken, sich erst einmal über die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zu orientieren und sich nicht von radikalen Kräften missbrauchen zu lassen.

Dönitz täte sicher auch gut daran, von seiner Absicht abzurücken, Memoiren zu veröffentlichen. Was dabei herauskommen kann, zeigen die von Raeder. Sie machen erschreckend deutlich, wie blind Raeder die einzelnen Phasen der Machtergreifung Hitlers mitmachte. Für Raeder gab es keine Bedenken. Er schreibt beispielsweise: "Als Hitler nach dem Tode Hindenburgs in die Stelle des Reichspräsidenten trat und damit oberster Befehlshaber der Wehrmacht wurde, leistete ich ihm auf seine Anforderung hin zusammen mit Generaloberst von Blomberg, General der Artillerie Frhr. v. Fritsch und General der Flieger Göring den Eid. Bedenken dagegen kamen für mich wie für die Armeeoffiziere nicht in Frage"...

Wie gesagt, Dönitz kann nach seiner Entlassung aus Spandau verhindern, Sprecher und "Führer" extremer Gruppen zu werden, wenn er besonnen handelt und sich auf sein Privatleben besinnt. Er würde der Demokratie in Nachkriegsdeutschland damit einen Dienst erweisen.

* * *

Ein guter Vorschlag aus München

ler. Ein besonderes Lob gebührt dem neuen Leiter des Stadtjugendamtes von München, Rektor Kurt Seelmann. Das Treiben der sogenannten Halbstarcken, von denen die Zeitungen in diesen Tagen soviel zu berichten wissen, hat ihn keineswegs vor der Übernahme des Amtes abgeschreckt. Er wird sich ihm mit Ernst und mit Liebe widmen. Auch hat er seine eigenen Vorstellungen, mit der seelischen und geistigen Not einer Großstadtjugend fertig zu werden, die heute größtenteils auf sich selbst angewiesen ist.

Ist diese Jugend schlecht, neigt sie von vornherein zu Rowdytum, hat sie, zum Unterschied der Jugend in anderen Zeiten, eine besondere - 8 -

Vorliebe entwickelt, mit der Autorität des Gesetzes in Konflikt zu geraten? Und wenn ja, welches sind dann die Ursachen für einen so betrüblichen Tatbestand? Zunächst eine höchst aufschlussreiche Zahl: Von den kürzlich in Köln festgenommenen, an Ausschreitungen beteiligten "Halbstarke" waren 45 Prozent Lehrlinge. Als Begründung für ihr Treiben - sie hatten während ihrer Umzüge eine Schaufensterscheibe zertrümmert sowie Automaten zerstört und ausgeplündert - gaben sie übereinstimmend an: aus 'Blödsinn', aus 'Spass', aus 'Langeweile'.

Diese Motive sprechen nicht gerade für angeborene kriminelle Instinkte, enthüllen vielmehr einen, durch seelische Leere gekennzeichneten, Zustand des heranwachsenden Teiles unseres Volkes. Dieser Jugend fehlen Vorbilder und Ideale. In ihr müssen Minderwertigkeitskomplexe aufkommen, da sich niemand mit ihr beschäftigt. Wer von den Gesellen und Meistern nimmt sich schon die Mühe, in dem Lehrling von heute den Gleichwertigen von morgen zu sehen? Die Miss- und Nichtbeachtung findet dann ihren Niederschlag in gewaltigen ^{tät} Aufbegehren gegen die Welt der Erwachsenen, in der sich der junge Mensch nicht mehr zurechtfinden kann und die ihm zu wenig zu sagen hat. Alle Soziologen und Jugenderzieher stehen heute vor einem Phänomen: Der junge Mensch von heute wächst schneller, mit 17 Jahren hat er die körperliche Reife eines früher 25-Jährigen, ohne dass diese Reife mit seiner seelischen und geistigen Entwicklung Schritt hält. Ein 17-Jähriger in diesen Fliegelejahren ist natürlich ungestümer als ein 12-Jähriger.

Der neue Münchner Stadtjugendpfleger hält nichts von drakonischen Strafen für erwischte "Halbstarke", dagegen viel von verständnisvoller, die Psyche dieser Jugend berücksichtigender Behandlung. Seine Heilmethode ist geradezu revolutionär! Baut dieser Jugend Moped-Bahnen, auf der Geschicklichkeitswettbewerbe ausgetragen werden können; gibt ihr Gelegenheit, sich in selbstgestellten Aufgaben zu bewähren; öffnet an einzelnen Tagen die Tore der Museen und Ausstellungen nur für Jugendliche; veranstaltet verbilligte Sondervorführungen interessanter und spannender Filme; und vor allem: spricht mit diesen Jungen, für vernünftige Argumente sind sie zugänglich.

Das sind einige Rezepte, wie man sie als Lösung für dieses Übel unserer Zeit durchaus empfehlen kann. Sie unterscheiden sich wohltuend von dem Ruf nach Arbeitsdienst und Exerzierplatz, der gerade von jenen erhoben wird, die lieber heute als morgen diese jungen Menschen wieder in Uniformen gesteckt wissen wollen. * * *

Verantwortlich: Peter Raunau